

Gesetz zur Reinhaltung der Luft * (Lufthygienegesetz, LHG)

vom 16.11.1989 (Stand 01.04.2021)

Der Grosse Rat des Kantons Bern,

gestützt auf Artikel 36 des Bundesgesetzes vom 7. Oktober 1983 über den Umweltschutz (USG)¹⁾ sowie Artikel 35 der Eidgenössischen Luftreinhalte-Verordnung vom 16. Dezember 1985 (LRV)²⁾, auf Antrag des Regierungsrates,

beschliesst:

1 Geltungsbereich

Art. 1

¹ Dieses Gesetz führt das Recht des Bundes über die Luftreinhaltung aus und ergänzt dieses.

2 Ergänzendes kantonales Recht

Art. 2 *Grundsatz*

¹ Tätigkeiten im Freien dürfen weder schädliche noch lästige Luftverunreinigungen verursachen.

² Luftverunreinigungen sind lästig, wenn sie das Wohlbefinden von Menschen in unzumutbarem Ausmass stören.

Art. 3 *Landwirtschaftsbetriebe*

¹ Die normale Geruchsbildung, wie sie bei einer gebräuchlichen und ordentlichen Führung eines herkömmlichen Landwirtschaftsbetriebs entsteht, gilt nicht als lästig.

² Bei der Düngung sind die örtlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen und der Zeitpunkt so zu wählen, dass lästige Einwirkungen unterbleiben.

¹⁾ SR 814.01

²⁾ SR 814.318.142.1

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 4 * *Verbrennen von Abfällen im Freien*

¹ Die Gemeinden können die Vorschriften nach Artikel 30c USG¹⁾ und Artikel 26a LRV²⁾ über das Verbrennen von Abfällen im Freien verschärfen oder das Verbrennen von Abfällen im Freien ganz verbieten.

Art. 5 * ...**Art. 6** *3. Brände zu Übungszwecken*

¹ Brände zu Übungs- und Vorführzwecken sind im Freien unter Vorbehalt der Verwendung von Brennstoffen nach Anhang 5 LRV³⁾ gestattet; verboten ist die Verwendung von Heizöl «Mittel» oder «Schwer».

3 Vollzug**Art. 7** *Regierungsrat*

¹ Der Regierungsrat

- a bezeichnet die Gemeinden, für die Massnahmenpläne gemäss Artikel 31 LRV⁴⁾ zu erstellen sind;
- b genehmigt die Massnahmenpläne, soweit nicht eine Bundesbehörde zuständig ist;
- c erlässt verschärfte Vorschriften für Gebiete und Perioden mit stark erhöhter Luftverschmutzung;
- d erlässt die zum Vollzug dieses Gesetzes notwendigen Ausführungsbestimmungen durch Verordnung.

Art. 8 *Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion **

¹ Die Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion übt die Aufsicht über den Vollzug aus. *

² Sie prüft die Massnahmepläne unter Beizug der betroffenen Direktionen. *

³ Sie kann Aufgaben vertraglich an Gemeinden delegieren, insbesondere:

- a * Vollzug der Emissionsbestimmungen von Artikel 3 bis 16 LRV⁵⁾;
- b Erstellen und Nachführen von Verzeichnissen über Quellen und Verursacher von Luftverunreinigungen;

¹⁾ SR 814.01

²⁾ SR 814.818.142.1

³⁾ SR 814.318.142.1

⁴⁾ SR 814.318.142.1

⁵⁾ SR 814.318.142.1

- c dauernde oder periodische Überwachung der Luftverunreinigung in Gemeinden mit übermässigen Immissionen.

Art. 9 * *Zuständige Stelle*

¹ Die zuständige Stelle der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion *

- a ist die Fachstelle Luftreinhaltung des Kantons gemäss Artikel 42 USG²⁾,
b leitet die Ausarbeitung der Massnahmenpläne und stellt die Koordination zwischen den betroffenen Gemeinden und den zuständigen kantonalen Amtsstellen sicher.

² Sie ist für den Vollzug der Vorschriften über die Luftreinhaltung zuständig, soweit nichts anderes vorgesehen ist.

Art. 10 *Gemeinden*

¹ Die Gemeinden

- a kontrollieren Feuerungsanlagen mit Heizöl «Extra leicht» und Gas mit einer Feuerungswärmeleistung bis zu einem Megawatt gemäss LRV³⁾,
b vollziehen Artikel 2–6 dieses Gesetzes,
c sind für den Vollzug zuständig, soweit Aufgaben gemäss Artikel 8 an sie delegiert werden.

Art. 11 *Polizeiorgane*

¹ Die Kantons- und Gemeindebehörden können die Polizeiorgane zum Vollzug beziehen, sofern Anordnungen nicht auf andere Weise Nachachtung verschafft werden kann.

Art. 12 *Bewilligungsverfahren*

¹ Die zuständigen Bewilligungsbehörden haben dafür zu sorgen, dass die Vorschriften zur Reinhaltung der Luft in den bestehenden Bewilligungsverfahren berücksichtigt werden.

4 Kosten, Steuerungsinstrumente und Finanzierung

Art. 13 *Verursacherprinzip*

¹ Wer Massnahmen nach diesem Gesetz verursacht, trägt die Kosten dafür.

²⁾ SR 814.01

³⁾ SR 814.318.142.1

Art. 14 *Marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente*

¹ Der Kanton kann mit Dekret finanzielle Anreize und marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente zur Verbesserung der Reinhaltung der Luft schaffen.

Art. 15 *Gebühren*

¹ Für Bewilligungen, Kontrollen und besondere Dienstleistungen nach diesem Gesetz können die mit dem Vollzug betrauten Organe kostendeckende Gebühren erheben.

² Der Regierungsrat legt Einzelheiten und den Gebührenrahmen durch Verordnung fest; er achtet auf die Verhältnismässigkeit und Wirtschaftlichkeit des Kontrollaufwands.

Art. 16 *Finanzierung bei Delegation von Aufgaben*

¹ Der Kanton trägt die Kosten für die im Auftrag der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion von den Gemeinden *

- a* * erstellten und nachgeführten Verzeichnisse über Quellen und Verursacher von Luftverunreinigungen gemäss Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe b,
- b* * durchgeführte periodische oder dauernde Überwachung der Luftverunreinigung gemäss Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe c.

² Die Gemeinden können der zuständigen Stelle der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion vierteljährlich ihre Abrechnungen einreichen. *

Art. 17 *Kantonsbeiträge*

¹ Der Kanton leistet 70 Prozent an die Kosten für das Ausarbeiten von Massnahmenplänen.

² Er kann zwischen 30 und 60 Prozent an die Kosten leisten für:

- a* das Durchsetzen von Massnahmenplänen,
- b* die Aus- und Weiterbildung der mit Aufgaben dieses Gesetzes betrauten Personen,
- c* * Forschungsprojekte, welche die Luftreinhaltung im Kanton betreffen,
- d* ausserordentliche Aktionen zur Reinhaltung der Luft.

³ Die Beitragssätze werden festgelegt:

- a* vom Regierungsrat für das Durchsetzen von Massnahmenplänen,
- b* * von der zuständigen Stelle der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion für die Beiträge nach Absatz 2 Buchstaben b bis d.

Art. 18 *Bundesbeiträge*

¹ Die zuständige Stelle der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion fordert die Bundesbeiträge ein. *

² Kantonsbeiträge werden nach Abzug der Leistungen des Bundes ermittelt.

Art. 19 *Bevorschussung*

¹ Die für die Festlegung des Kantonsbeitrags zuständige Behörde kann auf Gesuch bis zu 90 Prozent des Beitrags bevorschussen.

² Beiträge werden nach Vorliegen des Kostenvoranschlags für einzelne Teilschritte eines Projekts oder für ein Gesamtprojekt bevorschusst.

Art. 20 *Auszahlungen*

¹ Der zuständigen Stelle der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion obliegen alle Auszahlungen. *

5 Rechtspflege und Strafbestimmungen**Art. 21** *Beschwerde*

¹ Gegen Verfügungen der zuständigen Stelle der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion und der Gemeinde kann innert 30 Tagen seit der Eröffnung schriftlich und begründet bei der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion Beschwerde erhoben werden. *

² ... *

³ Im Übrigen gilt das Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG)¹⁾. *

Art. 22 *Strafen*

¹ Wer vorsätzlich den Artikeln 2–6 dieses Gesetzes oder den gestützt darauf erlassenen Verfügungen zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft. *

² Im übrigen gelten die Strafbestimmungen der Artikel 60–62 USG²⁾.

Art. 23 *Strafverfolgung*

¹ Die Strafverfolgung obliegt den ordentlichen Strafverfolgungsbehörden.

¹⁾ BSG 155.21

²⁾ SR 814.01

² Die kantonalen und kommunalen Vollzugsbehörden sowie die Polizeiorgane reichen gegen Fehlbare bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Strafanzeige ein. *

³ Die Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion, deren zuständige Stelle und die Gemeinden können im Strafverfahren Parteirechte ausüben. *

Art. 24 *Mitteilung von Urteilen*

¹ Der zuständigen Stelle der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion ist von allen gestützt auf die Umweltschutzgesetzgebung im Bereich der Luftreinhaltung ausgefallten Strafurteilen Kenntnis zu geben. *

6 Schlussbestimmungen

Art. 25 *Aufhebung von Erlassen*

¹ Es werden folgende Erlasse aufgehoben:

- a Gesetz vom 16. November 1978 zur Reinhaltung der Luft,
- b Dekret vom 6. September 1979 über die Begrenzung der Luftverunreinigung bei Haus- und Industriefeuerungen.

Art. 26 *Inkrafttreten*

¹ Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Bern, 16. November 1989

Im Namen des Grossen Rates
Der Vizepräsident: Rychen
Der Staatsschreiber: Nuspliger

*RRB Nr. 1759 vom 23. Mai 1990:
Inkraftsetzung auf den 1. September 1990*

Vom Bundesrat genehmigt am 23. Februar 1990

Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
16.11.1989	01.01.1990	Erlass	Erstfassung	1990 d 33 f 35
29.10.1997	01.01.1998	Art. 9	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 9 Abs. 1	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 16 Abs. 2	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 17 Abs. 3, b	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 18 Abs. 1	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 20 Abs. 1	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 21 Abs. 1	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 23 Abs. 3	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 24 Abs. 1	geändert	97-94
16.03.1998	01.01.1999	Art. 8 Abs. 2	geändert	98-57
18.06.2003	01.06.2004	Erlasstitel	geändert	04-14
18.06.2003	01.06.2004	Art. 4	geändert	04-14
18.06.2003	01.06.2004	Art. 5	aufgehoben	04-14
14.12.2004	01.01.2007	Art. 22 Abs. 1	geändert	06-129
10.04.2008	01.01.2009	Art. 21 Abs. 2	aufgehoben	08-109
10.04.2008	01.01.2009	Art. 21 Abs. 3	geändert	08-109
11.06.2009	01.01.2011	Art. 23 Abs. 2	geändert	09-147, 10-44
17.02.2021	01.04.2021	Art. 8	Titel geändert	21-016
17.02.2021	01.04.2021	Art. 8 Abs. 1	geändert	21-016
17.02.2021	01.04.2021	Art. 8 Abs. 3, a	geändert	21-016
17.02.2021	01.04.2021	Art. 9 Abs. 1	geändert	21-016
17.02.2021	01.04.2021	Art. 16 Abs. 1	geändert	21-016
17.02.2021	01.04.2021	Art. 16 Abs. 1, a	geändert	21-016
17.02.2021	01.04.2021	Art. 16 Abs. 1, b	geändert	21-016
17.02.2021	01.04.2021	Art. 16 Abs. 2	geändert	21-016
17.02.2021	01.04.2021	Art. 17 Abs. 2, c	geändert	21-016
17.02.2021	01.04.2021	Art. 17 Abs. 3, b	geändert	21-016
17.02.2021	01.04.2021	Art. 18 Abs. 1	geändert	21-016
17.02.2021	01.04.2021	Art. 20 Abs. 1	geändert	21-016
17.02.2021	01.04.2021	Art. 21 Abs. 1	geändert	21-016
17.02.2021	01.04.2021	Art. 21 Abs. 3	geändert	21-016
17.02.2021	01.04.2021	Art. 23 Abs. 3	geändert	21-016
17.02.2021	01.04.2021	Art. 24 Abs. 1	geändert	21-016

Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erlass	16.11.1989	01.01.1990	Erstfassung	1990 d 33 f 35
Erlasstitel	18.06.2003	01.06.2004	geändert	04-14
Art. 4	18.06.2003	01.06.2004	geändert	04-14
Art. 5	18.06.2003	01.06.2004	aufgehoben	04-14
Art. 8	17.02.2021	01.04.2021	Titel geändert	21-016
Art. 8 Abs. 1	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-016
Art. 8 Abs. 2	16.03.1998	01.01.1999	geändert	98-57
Art. 8 Abs. 3, a	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-016
Art. 9	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 9 Abs. 1	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 9 Abs. 1	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-016
Art. 16 Abs. 1	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-016
Art. 16 Abs. 1, a	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-016
Art. 16 Abs. 1, b	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-016
Art. 16 Abs. 2	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 16 Abs. 2	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-016
Art. 17 Abs. 2, c	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-016
Art. 17 Abs. 3, b	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 17 Abs. 3, b	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-016
Art. 18 Abs. 1	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 18 Abs. 1	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-016
Art. 20 Abs. 1	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 20 Abs. 1	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-016
Art. 21 Abs. 1	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 21 Abs. 1	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-016
Art. 21 Abs. 2	10.04.2008	01.01.2009	aufgehoben	08-109
Art. 21 Abs. 3	10.04.2008	01.01.2009	geändert	08-109
Art. 21 Abs. 3	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-016
Art. 22 Abs. 1	14.12.2004	01.01.2007	geändert	06-129
Art. 23 Abs. 2	11.06.2009	01.01.2011	geändert	09-147, 10-44
Art. 23 Abs. 3	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 23 Abs. 3	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-016
Art. 24 Abs. 1	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 24 Abs. 1	17.02.2021	01.04.2021	geändert	21-016